

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846 ppbn d

## Inhalt

38. Jahrgang / 25

4. Februar 1983

Rudolf Dreßler MdB, Vorsitzender des AfA-Bundesausschusses, wirft der Rechtskoalition Konzeptionslosigkeit in der Ausländerpolitik vor.

Seite 1

Karsten D. Voigt MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, blättert im außen- und sicherheitspolitischen Sündenregister der Union.

Seite 4

Herbert Wehner MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion zum 85. Geburtstag von Gerhard Weisser: Ein Gefährte auf dem Weg nach Godesberg.

Seite 6

Horst Seefeld MdEP, Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, würdigt den Besuch des SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel bei den europäischen Institutionen in Brüssel.

Seite 8

Rechtskoalition ohne Konzept in der Ausländerpolitik

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender des Bundesausschusses der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Der Außenminister der Türkei, İtler Türkmen, war diese Woche in Bonn. Er hat bei Gesprächen mit der Regierung Kohl/Genscher sicher wissen wollen, welches Konzept die Bundesregierung in der Ausländerpolitik hat. Eine einzigartige Gelegenheit für die Bundesregierung, auch der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland zu erläutern, ob die Ausländerpolitik der Regierung sich erschöpft in der Zugangsbeschränkung für Kinder unter sechs Jahren des Herrn Zimmermann und einer Rückkehrprämie des Herrn Blüm. Die Bundesregierung und ihr Kanzler sind aufgefordert, klar zu sagen, wie ihre Ausländerpolitik aussieht. Denn der Wähler hat Anspruch darauf, am 6. März gerade in dieser innenpolitisch wichtigen Frage nicht die "Katze im Sack" zu wählen.

Die Position der Sozialdemokraten ist klar. Die SPD hat schon während ihrer Regierungszeit Teile ihres Konzepts Wirklichkeit werden lassen. Der Regierungswechsel - herbeigeführt durch die Herren Genscher und Lambsdorff - hat aber dann zu einer verhängnisvollen Pause in der Ausländerpolitik geführt. Diese Pause hat sowohl in der deutschen Bevölkerung als auch unter den ausländischen Familien Verunsicherung verursacht, von der auch Kanzler Kohl angesteckt wurde. Das beweisen seine sibyllinischen und nichtssagenden Interviews zu diesem Thema.

Die soziale Integration der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer, die längerfristig hierbleiben wollen, ist das Ziel sozialdemokratischer Politik, an dem sich jedes politische Handeln ausrichten muß. Eine Politik zwangsweiser

Rückführung kann es nicht geben. Ihr stehen sowohl moralische als auch rechtliche Bedenken gegenüber. Über 80 Prozent aller Ausländer verfügen über einen rechtlich gesicherten Aufenthalt. Zwei Drittel leben bereits länger als sechs Jahre im Bundesgebiet. Über die Hälfte der hier lebenden jugendlichen Ausländer sind in der Bundesrepublik geboren. Die Bemühungen der Integrationspolitik müssen sich vor allem auf diese zweite und dritte Ausländergeneration richten, das heißt sie müssen sich vor allem auf den Bereich der vorschulischen und schulischen Ausbildung sowie auf den weiterbildenden und berufsqualifizierenden Bereich konzentrieren. Die SPD-geführte Bundesregierung hatte beispielsweise die Mittel für die Weiterbildung und Berufsqualifikation jugendlicher Ausländer in den letzten vier Jahren fast versechsfacht, von circa elf Millionen auf circa 67 Millionen DM. Die Rechtskoalition schweigt sich dagegen zur Integrationspolitik fast völlig aus, obgleich sie wissen muß, daß Nicht-handeln oder zu spätes Handeln verheerende innenpolitische Folgen hat.

Alle Integrationsbemühungen drohen aber zu scheitern, wenn es nicht gelingt, den weiteren Zuzug von Ausländern zu bremsen. Die Regierung Schmidt hatte dies erkannt und konsequent gehandelt. Der Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten von 1973 wurde strikt beibehalten, auch gegen den Widerstand des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, der gewisse Ausnahmen für Bayern wollte. Sozialdemokraten haben den Asylantenzustrom mit der sogenannten "Wartezeitregelung" erfolgreich bekämpft. Sie haben eine sozial- und familienpolitisch verantwortliche Begrenzungs politik gemacht, die letztlich dazu geführt hat, daß wir im ersten Halbjahr 1982 zum ersten Mal seit langer Zeit beispielsweise bei der türkischen Bevölkerung mehr Rückwanderungen hatten als Zuzug. Die jetzige Bundesregierung hat als Alternative zu dieser Politik nur den Holzhammer des Zimmermanns.

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in Gesprächen mit der Türkei erfolgreich um Verständnis dafür geworben, daß der Assoziationsvertrag der Türkei mit der EG nicht bedeuten kann, daß es ab 1986 für türkische Arbeitnehmer einen freien Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt geben kann. Die Gespräche, die ich als Parlamentarischer Staatssekretär des Arbeitsministeriums in Ankara geführt habe, waren fruchtbar. Unsere Argumente, daß der deutsche Arbeitsmarkt zur Zeit keinen weiteren Zuzug türkischer Arbeitnehmer verkraften könne, stießen auf Verständnis. Die "Wende" brachte diesen Gesprächen das Ende. Statt ernsthafter Verhandlungen läßt sich der Bundesarbeitsminister - laut Agenturmeldung - als deutscher Gastarbeiter in der Türkei bei Gesprächen mit dem türkischen Arbeitsminister "feiern".

Die Konzeptions- und Ratlosigkeit der neuen Bundesregierung endet nicht zuletzt beim Punkt "Förderung der Rückkehrbereitschaft". Zweimal wurden die Vorschläge des Bundesarbeitsministeriums dazu bereits von der Tagesordnung des Kabinetts abgesetzt. Im Au-



genblick schweigt man sich in Bonn darüber aus. Der Wähler soll wohl nicht damit "belästigt" werden. Wenn man - so hoffen die Unionisten - die Wahl erstmal gewonnen habe, dann habe er - der Souverän - vier Jahre zu schweigen. Die sozialliberale Bundesregierung hatte bereits Hilfen für ausländische Arbeitnehmer beschlossen, die freiwillig in ihre Heimat zurückkehren wollten. Sie hätten 1983 in Kraft treten können. So sollten

- rückkehrende ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten nach einer halbjährigen Wartefrist über ihre staatlich begünstigten Spareinlagen vor Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit ohne Verlust der staatlichen Vergünstigungen verfügen können,
- rückkehrende ausländische Arbeitnehmer nach einer halbjährigen Wartefrist den selbsteingezahlten Arbeitnehmeranteil aus der Rentenversicherung zurückerstattet bekommen, wenn kein Sozialversicherungsabkommen mit der Bundesrepublik besteht (zum Beispiel Türkei),
- die Abfindungen unverfallbarer Anwartschaften aus der betrieblichen Altersversorgung mit Zustimmung des Arbeitgebers und Arbeitnehmers zugelassen sein, wenn der ausländische Arbeitnehmer von dem Recht der vorzeitigen Beitragserstattung in der gesetzlichen Rentenversicherung Gebrauch macht.

Der neuen Rechtskoalition aber war das zuwenig. Sie wollte eine zusätzliche Rückkehrprämie - von vielen als Abschiebepremie empfunden - drauflegen. Nur keiner wußte, woher das Geld kommen sollte. Noch weitere Erhöhung der Schulden oder noch größere Belastung der sozial Schwachen? Nach zwei Anläufen fand man dann die Lösung: Problem erkannt, Kommission ernannt.

So wird sich zunächst einmal eine Kommission mit der Ausländerpolitik beschäftigen. In dieser Zeit bewegt sich nichts. Auch die ausländischen Familien, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, warten zunächst einmal ab. Das führt zu einem Rückkehrstau. Aber auch die deutschen Wähler wissen nicht, was die jetzige Regierung will. Und sie sollen am 6. März wählen. "Augen zu - CDU", so dumm ist der Wähler heute nicht mehr. Kanzler Kohl soll endlich in der Ausländerpolitik Farbe bekennen!

(-/4.2.1983/bgy/hgs)

+ + +



Fragwürdig bis gefährliche Vorhaben  
-----

Zu den außen- und sicherheitspolitischen Aussagen der Union

Von Karsten D. Voigt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Das Wahlprogramm von CDU und CSU leitet die programmatische Abkehr von der erfolgreichen Friedenspolitik Willy Brandts und Helmut Schmidts ein. Es macht deutlich, daß eine Kontinuität in der Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik von den Unionsparteien nicht mehr gewollt wird. Dieser Bruch mit der Kontinuität wird zum Beispiel daran deutlich, daß das Programm nicht einmal mehr einen verbalen Hinweis auf die von Bundeskanzler Kohl in seiner ersten Regierungserklärung ausdrücklich versprochenen "Kontinuität" enthält. Jeglicher Bezug auf die in der Ära der sozial-liberalen Koalition geschaffenen Grundlagen der Ostpolitik fehlt. Sofern von Tradition die Rede ist, wird unter Ausklammerung der friedenspolitischen Leistungen Willy Brandts und Helmut Schmidts unmittelbar eine Brücke von der Politik Konrad Adenauers zu dem politischen Willen von Helmut Kohl geschlagen.

Entsprechend den Denkschablonen der fünfziger Jahre werden die Konflikte zwischen Ost und West dargestellt, als handele es sich um den Gegensatz zwischen Schwarz und Weiß oder Gut und Böse. Zwischentöne und notwendige Differenzierungen fehlen weitgehend.

Eine militante antikommunistische Grundorientierung durchzieht wie ein roter Faden den gesamten außenpolitischen Teil des Wahlprogramms der CDU/CSU. Dieser vorherrschende Grundtenor des Wahlprogramms wird durch einzelne Passagen, in denen der Wunsch nach korrekten, auf Zusammenarbeit ausgerichteten Beziehungen zu den östlichen Partnern geäußert wird, nicht aufgewogen.

Auch die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Sicherung von Freiheitsrechten wird ausschließlich in Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit der "menschenrechtsfeindlichen" Sowjetunion gesehen. Die Verwirklichung von Menschenrechten wird im CDU/CSU-Wahlprogramm nicht als weltweite Aufgabe, sondern als Kampfinstrument zur ideologischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion gesehen.

Diese auf den Antisowjetismus verengte Sichtweise schadet der tatsächlichen Verwirklichung von Menschenrechten und behindert auch eine glaubwürdige kritische Auseinandersetzung mit den Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa. Dieser verengten Sichtweise entspricht auch, daß die Christdemokraten in ihrem Wahlprogramm gegen die offensichtliche Verletzung von Menschenrechten in vielen Staaten Lateinamerikas nicht protestieren.

Zur Aussage: "Wir wollen Abrüstung"

Die CDU/CSU fordert im Wahlprogramm eine Abrüstungspolitik nach dem Prinzip des Gleichgewichts. Ihrer eigenen Gleichgewichtsforderung widersprechen sie in der Praxis dadurch, daß sie für Verhandlungen über nukleare Mittelstreckensysteme in Europa die Berücksichtigung der französischen und britischen Potentiale ausdrücklich ausschließen. Mit diesem Wahlprogramm verläßt die Union auch auf diesem Gebiet ihr eigenes ursprüngliches Konzept: Im Dezember 1982 veröffentlichte die CDU/CSU ihre friedenspolitischen Ziele. Sie führte darin als abrüstungspolitischen Grundsatz ausdrücklich auf, daß alle Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen so ausgewogen durchgeführt werden müssen, "daß zu keinem Zeitpunkt ein Staat oder eine Staatengruppe einen militärischen Vorteil erlangen kann und daß für alle die Sicherheit unvermindert gewährleistet wird" ("Frieden sichern - Argumente für eine Politik der aktiven Friedenssicherung"). Offensichtlich aber ist, daß nicht nur die USA, sondern auch Frankreich und Großbritannien zur Staatengruppe der Nordatlantischen Allianz gehören.



Zur Aussage: "Wir wollen mehr Wehrgerechtigkeit"

Die Forderung nach einer gerechteren Verteilung der Lasten für die Landesverteidigung ist im Prinzip zu bejahen und findet auch sozialdemokratische Zustimmung. Die Formulierung "... dann müssen alle (Anm.: die jungen Menschen) für die Gemeinschaft in die Pflicht genommen werden" läßt allerdings auch die Deutung einer Forderung nach einer allgemeinen Dienstpflicht für Männer und Frauen zu. Das Wahlprogramm von CDU/CSU enthält erneut den Hinweis, daß zur Zeit vier von zehn jungen Männern eines Jahrgangs weder Wehrdienst noch Zivildienst leisten. Diese Aussage ist ein glatter Etikettenschwindel, da er statistisch verallgemeinernd bestimmte gesundheitliche Entwicklungen einzelner Jahrgänge nicht berücksichtigt (so waren zum Beispiel 27,5 Prozent des Jahrgangs 1953 schlicht wehrdienstunfähig).

Der Hinweis im Wahlprogramm "Wir werden nach dem 6. März Maßnahmen ergreifen, um diesen Mißstand zu beseitigen", läßt befürchten, daß diese Maßnahmen im Bereich der Wehrdienstuntauglichen und der nicht zum Zivildienst einberufenen jungen Männer angewendet werden sollen. Sozialdemokraten haben bisher solche Maßnahmen (Wehrsteuer oder -abgabe) deshalb abgelehnt, weil sie nicht mehr Gerechtigkeit, sondern mehr zusätzliche Ungerechtigkeit schaffen. Entschieden muß der Auffassung der CDU/CSU widersprochen werden, daß die Neuregelung des zivilen Ersatzdienstes zu einer größeren Wehrgerechtigkeit führt. Die neue Regelung führt im Gegenteil zu einer fragwürdigen Einschränkung von verfassungsmäßig garantierten Rechten.

Zur Aussage: "Wir bekämpfen mit unserer Entwicklungspolitik Armut und Hunger in der Welt"

Neu und problematisch ist die Betonung der Interessengerichtetheit der Entwicklungspolitik:

- "Dabei müssen die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland als legitim anerkannt werden."
- "Niemand aber kann verlangen, daß wir gegen unsere eigenen Lebensinteressen handeln..."

Neu und zu kritisieren ist die Einbeziehung der Entwicklungs- und Sicherheitsinteressen. Rüstungsanstrengungen in Entwicklungsländern werden zwar mißbilligt, allerdings wird graduell differenziert zwischen solchen Ländern, die ihre Waffen aus dem Warschauer Pakt beziehen und Ländern, die dies nicht tun. Dieser Unterscheidung zwischen guten und bösen Rüstungsexporten müssen wir im Interesse der weltweiten Verringerung des Waffenhandels entschieden widersprechen.

Zur Aussage: "Wir halten an dem Ziel der deutschen und europäischen Einheit fest"

Hauptziel der künftigen Deutschlandpolitik nach dem CDU/CSU-Wahlprogramm ist die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Reiches, so wie sie im "deutschlandpolitischen Grundsatzprogramm" der CDU/CSU vom 23. Februar 1978 definiert worden ist. Die hierzu notwendigen Initiativen sollen sich aus einer aktiven Offenhaltung der deutschen Frage ergeben. Das bestehende Vertragswerk wird zwar formal nicht infrage gestellt aber politisch relativiert und im Sinne der Politik der CDU/CSU in früheren Jahren instrumentalisiert. Der Grundlagenvertrag wird nicht erwähnt. Er wird außerdem dadurch relativiert, daß der Begriff von "den beiden deutschen Staaten" im Wahlprogramm wie auch schon im Koalitionspapier vom 26. September 1982 nicht akzeptiert wird. Dieser Rückfall in frühere deutschlandpolitische Illusionen der Christdemokraten halten wir für gefährlich.

Zur Aussage: "Europäische Gemeinschaft"

Die Union bekennt sich zu dem hehren Ziel der politischen Union Europas und will die dazu notwendigen Formen und Ergänzungen vorschlagen. Diese Bekundung bleibt aber völlig unverbindlich. Völlig offen bleibt, wie dies bewerkstelligt werden soll und wo die Unionsparteien - gerade angesichts der Präsidentschaft in der EC - ihre Schwerpunkte setzen will.  
(-/4.2.1983/ks/hgs)

+ + +



Ein Gefährte auf dem Weg nach Godesberg  
-----

Gerhard Weisser vollendet sein 85. Lebensjahr

Von Herbert Wehner MdB

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Am 9. Februar 1983 wird Staatssekretär a.D. Professor Dr. Gerhard Weisser 85 Jahre alt. Vor zehn Jahren, als der Sozialdemokrat und ehemalige Präsident der Friedrich-Ebert-Stiftung und heutige Ehrenpräsident ihres Kuratoriums sein 75. Lebensjahr vollendete, widmeten ihm Freunde und Schüler ein Buch: "Freiheitlicher Sozialismus". Die letzten Seiten dieses Buches enthalten ein Verzeichnis von Schriften, die Gerhard Weisser selbst zum freiheitlich-demokratischen Sozialismus beigesteuert hat.

Obwohl fast einhundert Schriften zu diesem Thema aufgeführt sind, mußte eine Einschränkung gemacht werden: "Die Bemühungen Gerhard Weissers um den freiheitlich-demokratischen Sozialismus", so heißt es dort, "haben in vielfältiger Form ihren Niederschlag gefunden, in Veröffentlichungen, Vortragsmanuskripten, Memoranden, Rundschreiben, Briefen und Vorlagen für Programmkommissionen sowie für Ausschüsse beim Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Dieses Verzeichnis kann nur einen Teil davon erfassen". Inzwischen sind weitere Publikationen aus der Feder Gerhard Weissers über den Gegenstand hinzugekommen, der ihn von Jugend an bewegt.

Denn auch für das Buch "Freiheitlicher Sozialismus" bedankte sich Gerhard Weisser auf die ihm eigene Weise: Noch in demselben Jahr legte er gewissermaßen als Antwort und Ergänzung eine Schrift vor, die den Titel trägt "Freiheit durch Sozialismus". Sie offenbarte wieder einmal die Fähigkeit des Sozialdemokraten Gerhard Weisser künftige Entwicklungen vorwegzunehmen. Wer diese Schrift zur Hand nimmt, gewinnt den Eindruck, als habe Weisser bereits damals erkannt, daß die Konservativen ein Unkraut aussäten, das sie drei Jahre später, im Bundestagswahlkampf 1976, unter der Parole "Freiheit oder / statt Sozialismus" zur Blüte bringen wollten.

Im Vorwort zu diesem Beitrag beschreibt Gerhard Weisser eine der wichtigsten Linien, die seinen bisherigen Lebensweg kennzeichnen: "Der Verfasser hat an der geistigen Auseinandersetzung der zwanziger Jahre teilgenommen, hatte in der Zeit des NS-Regimes unfreiwillige Muße zur Besinnung, nahm aktiv an dem Überwältigenden



Erleben teil, in dem gleich nach dem Kriege die bis dahin gewaltsam isolierten Genossen ohne viel Worte ihre nahezu völlige Verbundenheit spürten, und hat dann bis Godesberg unter intensiver Mitarbeit allen Programmkommissionen angehört."

Gerhard Weisser hat an den Arbeiten zum Aktionsprogramm der SPD mitgewirkt, das 1952 in Dortmund beschlossen und auf dem Parteitag in Berlin 1954 erweitert wurde. Die Geschichte des Godesberger Grundsatzprogramms von 1959 verzeichnet ihn als Vorsitzenden des Unterausschusses Wirtschafts- und Sozialpolitik der von Willi Eichler geleiteten Programmkommission. Gerhard Weisser war ein Gefährte auf dem Weg nach Godesberg.

Geboren wurde Gerhard Weisser in Lissa, in der Provinz Posen, besuchte das Domgymnasium in Magdeburg, studierte bei Leonard Nelson in Göttingen, promovierte in Tübingen bei Robert Wilbrandt zum Dr.rer.pol., arbeitete in der Magdeburger Verwaltung, war Zweiter Bürgermeister im westfälischen Hagen bis die Nazis dem ein Ende bereiteten. Nach dem Kriege leitete er zunächst das Ministerium für Finanzen, Wohnung und Arbeit im damaligen Land Braunschweig und wurde Generalsekretär des Zonenbeirats der britisch besetzten Zone, wo er sich dafür einsetzte, bei uns einen Bundesstaat zu bilden und nicht einen nur losen Staatenbund. Später wurde Gerhard Weisser Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Finanzministerium.

Eine wichtige Weichenstellung für ihn brachte das Jahr 1950, als er einen Ruf auf den Lehrstuhl für Sozialpolitik der Universität Köln erhielt, verbunden mit einem Lehrauftrag für Genossenschaftswesen. Weisser entschied sich für die Universität. Der Politik und der Sozialdemokratie blieb er aber eng verbunden. Er gehörte den wissenschaftlichen Beiräten mehrerer Bundesministerien an und war programmatischer Anreger der SPD. Durch seine umfangreiche Tätigkeit hat er wichtige Bereiche wissenschaftlichen und politischen Denkens fortentwickelt. Er bearbeitet Grundfragen der Sozialwissenschaften, und er leitet zahlreiche jüngere Menschen an, wissenschaftliche Erkenntnisse für die Politik fruchtbar zu machen. Bedeutende Beiträge liefert er auch zur Lehre von den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen.

Heute lebt Gerhard Weisser in Göttingen. Wir Sozialdemokraten schulden ihm Dank für das überzeugende Beispiel, das er uns gibt. (-/4.2.1983/ks/hgs)

+ + +



Europa muß eine eigene Adresse werden  
-----

Zum Besuch des SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel in Brüssel

Von Horst Seefeld MdEP

Obmann der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Der Besuch des SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel am gestrigen Donnerstag in Brüssel ist in vieler Hinsicht ein bemerkenswerter Vorgang: Vor allem hebt er jedoch eindrucksvoll hervor, welches Ansehen inzwischen die europäischen Institutionen trotz aller berechtigten oder überzeichneten Vorurteile in der Bundesrepublik genießen. Deshalb war es mehr als nur eine freundliche Geste, daß Hans-Jochen Vogel der Sozialistischen Fraktion seine Gedanken über die Bedeutung der EG vorgetragen hat. Dieses Programm hat ihn als einen Politiker ausgewiesen, der deutlich erkannt hat, daß jede Politik in dieser Region europäischer Orientierung bedarf, will sie nicht in Provinzialismus versinken und die große Chance vertun, Europa einen seinem wirtschaftlichen Gewicht entsprechenden Einfluß auf die Entwicklung der Weltgeschichte und damit für das Überleben der Menschheit einzubringen. Viel zu wenig beachtet wird, daß die EG sowohl im Bruttosozialproduktvolumen wie auch auf den einzelnen Einwohner bezogen die USA hinter sich gelassen hat. Dies unterstreicht die Bedeutung der EG noch einmal besonders.

Angesichts der grassierenden Arbeitslosigkeit auch in der Europäischen Gemeinschaft hat es ein besonderes Gewicht, daß der SPD-Kanzlerkandidat als erstes Gespräche mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) führte. Daß bei dieser Gelegenheit die Übereinstimmung der SPD mit dem EGB und seinen über 40 Millionen Mitgliedern in der Frage einer aktiven Beschäftigungspolitik festgestellt wurde, ist mehr als ein Lippenbekenntnis. Es ist Ausdruck der tiefen Sorge, die uns erfaßt angesichts des beinahe blindwütigen Monetarismus und des allmählich überbrodelnden Protektionismus. Von diesen Krankheiten muß die EG geheilt werden, stellte Hans-Jochen Vogel gemeinsam mit dem EGB fest. Deutlich trat hervor, daß die Massenkaufkraft erhalten und gefördert werden muß, sollen nicht jegliche Investitionen für die Katz' sein, wenn sie überhaupt vorgenommen werden. Deshalb müssen auch Haushaltskonsolidierungen





europaweit mit Augenmaß betrieben werden. Es ist wichtig, daß in der EG mit gezielten Beschäftigungsprogrammen die notwendigen Strukturreformen und Zukunftsinvestitionen eingeleitet werden und schließlich ist mit der Arbeitszeitverkürzung und zar sowohl der täglichen wie wöchentlichen und der Lebensarbeitszeit, ernstzumachen.

Die hohe Achtung, die der Mann, der gute Chancen hat, nach dem 6. März Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden, genießt, beweisen die Gespräche Hans-Jochen Vogels mit dem Präsidenten der EG-Kommission Gaston Thorn, und seinem Vizepräsidenten Wilhelm Haferkamp. Vogels Vorstellungen für die Reform der Agrarpolitik - weg von den unbegrenzten Preisgarantien hin zu direkten Einkommensübertragungen für die wirklich bedürftigen Landwirte - finden die Unterstützung der sozialistischen Fraktion. Ebenso wie wir mit Hans-Jochen Vogel der Meinung sind, daß eine Erhöhung der EG-Mittel nur in Frage kommt, wenn mit der Gefräßigkeit des Agrarhaushaltes Schluß ist. Nicht zuletzt gilt dies auch im Hinblick auf die Belange des Umweltschutzes, die Hans-Jochen Vogel hervorhob. Vogels Appell, Frieden mit der Natur zu machen, ist keine hohle Phrase, sondern beschreibt treffend die Situation: Es geht um Leben und Tod. Die toten Wälder Europas sind die vielleicht letzte Warnung.

Deutlich auch, was Hans-Jochen Vogel zur Stahlpolitik den Repräsentanten der EG-Kommission sagte:

- Die wettbewerbsverzerrenden Subventionen müssen aufhören.
- Ziele der Strukturpolitik müssen als realistische Markterwartungen offengelegt werden, um so als verlässliche Grundlagen für nationale Entscheidungen zu dienen.
- Das umständliche Prüfungsverfahren für Modernisierungsinvestitionen muß beschleunigt werden.
- Den Dumping-Importen aus Drittstaaten muß effektiv entgegengetreten werden.

Hans-Jochen Vogel hat in Brüssel mehr als freundliche Aufmerksamkeit erfahren. Ob er an der Vorstandsitzung des Bundes der sozialdemokratischen Parteien der EG teilnahm, in einer Pressekonferenz Rede und Antwort stand (die übrigens doppelt so viele Anwesende zählte wie im Oktober die des frischinstallierten Kanzlers Kohl) oder auf Einladung des SPD-Kreises Brüssel in einer überfüllten Versammlung sprach: Die Zuhörer gewannen die Zuversicht, daß zu ihnen ein Politiker sprach, der als neuer Kanzler der Bundesrepublik Deutschland zweifellos auch der EG Impulse geben würde, damit die Staatengemeinschaft aus dem manchmal grauen Alltag herauswächst und endlich ihren eigenständigen und selbstbewußten Part in der Weltpolitik übernimmt. Hans-Jochen Vogel hat Recht: "Europa hat so viele Erfahrungen, gute wie schlechte, die es fruchtbringend in die Politik einbringen sollte. Es muß eine eigene Adresse neben Washington, Moskau und Peking werden." + + + (-/A.2.1983/bgy/hgs)